

Perspektiven deutscher Osteuropapolitik

Autor: *Hans-Henning Schröder*¹

Stand: November 2018

Die Ankündigung des Rücktritts von Bundeskanzlerin Angela Merkel als CDU-Vorsitzende hat Spekulationen über eine mögliche Kanzlernachfolge und die Zukunft der „Großen Koalition“ ausgelöst. Eine mögliche neue Regierung würde wohl auch die Außen- und Europapolitik überdenken und nach neuen Lösungsansätzen suchen. Ein zentrales Thema wird dabei das Verhältnis zu Russland sein, da europäische Sicherheit ohne russische Mitwirkung nicht garantiert werden kann.

Gegenwärtig gestaltet sich das bilaterale Verhältnis zwischen Russland und Deutschland schwierig. Seit Mai 2012 entfaltet die russische Führung zunehmend autoritäre Züge. Ein wichtiges Moment dieser innenpolitischen Entwicklung ist die Verstärkung nationaler und offen fremdenfeindlicher Propaganda. Druck wurde auch auf deutsche Stiftungen ausgeübt. Das hat bereits 2013 zu einer Missstimmung geführt. Die Annexion der Krim und die russische Unterstützung für die Separatisten in der Ostukraine hat die deutsche Regierung 2014 veranlasst, im Rahmen der EU Sanktionen gegen eine Reihe von Verantwortlichen und gegen Finanzinstitute auszusprechen, die das russische Vorgehen gegen die Ukraine organisiert und finanziert haben. Die russische Seite hat darauf Agrarimporte aus der EU untersagt. Die Regierungen sprechen zwar miteinander, doch ist es bisher nicht gelungen, die Verhandlungen über die Ostukraine aus der Sackgasse herauszuführen.

Wenn die Regierung ihre Osteuropapolitik überdenkt, dann muss sie eine Reihe von Voraussetzungen beachten:

1. Deutsche Osteuropapolitik ist europäische Osteuropapolitik. Sie muss mit den anderen EU-Mitgliedern abgestimmt sein. Deutschland allein hat nicht das nötige Gewicht, um Lösungen durchzusetzen. Es wird stets um Kompromisse gehen, die alle EU-Mitglieder einbindet.
2. Die USA sind ein wichtiger Sicherheitsakteur in Europa. Daher hat deutsche Osteuropapolitik stets auch das amerikanische Verhalten im Blick gehabt. Das ist gegenwärtig schwierig, da das Verhalten des Präsidenten erratisch ist und der Kongress seine Osteuropapolitik im Kontext innenpolitischer Konflikte formuliert. Die unklare Haltung der USA, bedeutet auch, dass Unsicherheit herrscht, ob die US-Garantien im Kontext der NATO noch gelten.
3. Derzeit gibt es in Europa keine funktionierende Sicherheitsordnung mehr. Die OSZE als Institution existiert noch, doch gehen von ihr keine relevanten Anstöße mehr aus. Nach der

Zitierweise: Schröder, H.-H., Perspektiven deutscher Osteuropapolitik, O/L-3-2018,
https://www.ostinstitut.de/documents/Schröder_Perspektiven_deutscher_Osteuropapolitik_OL_3_2018.pdf.

¹ Prof. Dr. Hans-Henning Schröder, Ostinstitut Wismar.

Annexion der Krim durch Russland besteht auch innerhalb der OSZE kein Vertrauen mehr, dass sich Russland an Verträge und Absprachen hält. D.h. für kleine Staaten in Europa, die nicht Teil der NATO sind, gibt es derzeit keine Sicherheitsgarantieren.

4. Russland hat seit ca. 2007/2008 eine Sicherheitspolitik betrieben, die keine Rücksicht auf die Helsinki-Strukturen genommen hat. Die Menschenrechts- und Demokratisierungspolitik der OSZE wurde als Bedrohung wahrgenommen, aus dem KSE-Vertrag zog RF sich zurück, die Absprachen mit der EU wurden nicht verlängert. In der engeren Nachbarschaft setzte Russland mehrfach militärische Gewalt an und verschob sowohl im Fall der Ukraine wie im Fall Georgien einseitig bestehende Grenzen.
5. Die USA haben sich bereits unter George W. Bush und unter Obama von Europa abgewandt und betrieben keine aktive Russlandpolitik mehr, da Russland für Washington zu geringes wirtschaftliches und politisches Gewicht hatte. In der Amtszeit Trump hat Russland real und in der Wahrnehmung wieder an Gewicht gewonnen. Die Trump-Administration behandelt Russland aber als Feind, während der Präsident signalisiert, dass er Russland gegenüber positiv eingestellt ist. Die Andeutungen Trumps, dass er alsbald den INF-Vertrag aufkündigen werde, signalisiert, dass alsbald ein weiteres Element europäischer Sicherheit zerstört werden könnten: das Verbot von Waffen, die die Begrenzung eines Atomkrieges auf den europäischen Kriegsschauplatz erlauben.
6. Andererseits läuft der Wirtschaftsaustausch weiter. Sein Volumen ist zwar nach der Annexion der Krim deutlich reduziert, doch erholt er sich seit 2016 wieder. Die Sanktionen sind für diese Entwicklung nur teilweise verantwortlich. Die russische Außenhandelsstatistik (vgl. Anhang) zeigt, dass auch der Handel mit China und den Staaten der Eurasischen Wirtschaftsunion zurückging. Das ist offenbar nicht den Sanktionen geschuldet. Hauptursache war in der Tat der Einbruch der Energiepreise, der dazu führte, dass die russischen Exporte weniger wert waren. Zugleich stand auch weniger Kapital für Importe zur Verfügung. Angesichts des verminderten Volumens macht der deutsche Anteil am russischen Export 7,2% und am Import 10,7% aus (2017; EU: Export 40,7; Import 36,4%). Die EU ist nach wie vor weit vor China Russlands wichtigster Handelspartner – und Deutschland ist die europäische Volkswirtschaft mit den engsten Verbindungen zu Russland. Und Russland ist Deutschlands wichtigster und stabilster Energielieferant. Das schafft eine solide Basis, auf der eine Verbesserung der Zusammenarbeit möglich sein sollte.
7. Da der Wirtschaftsaustausch trotz aller Widrigkeiten weitergeht, steht vorderhand die Frage der europäischen Sicherheitsordnung auf der Tagesordnung. Insbesondere die Sicherheit der kleinen europäischen Staaten muss gesichert sein. Eine unmittelbare militärische Bedrohung wie zu Zeiten des Kalten Krieges besteht gegenwärtig nicht. Es geht daher vor allem darum, wieder gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Das wird nicht gehen, ohne den Krieg in der Ostukraine zu beenden. Die Grenzfragen (Abchasien, Südossetien, Berg-Karabach, Krim) kann

man in der gegenwärtigen Situation wohl kaum zum Gegenstand von Verhandlungen machen. Dies wird erst möglich sein, wenn das gegenseitige Vertrauen wieder gestärkt ist.

Die Situation ist also auch für eine neue Regierung schwierig. Insbesondere eine Friedenslösung für die Ostukraine ist nicht in Sicht. Russlands guter Wille ist hier gefordert, allerdings wird es das Faustpfand nicht ohne substantielle Gegenleistung aufgeben. Hier ist europäische Phantasie gefordert. Welche Schritte sind notwendig, um die russische Führung zu überzeugen, dass sie von der EU und von den postsowjetischen Staaten nicht bedroht wird? Das wird sich erst in langen Verhandlungsprozessen klären lassen. Die Verhandlungen für das Helsinki-Abkommen haben 12 Jahre gedauert. Man muss sich auf eine ähnliche Dauer einstellen. Die Bereitschaft zu einem solchen europäischen Prozess muss die EU, müssen Deutschland und Frankreich glaubhaft machen. Dann muss man sehen, ob die russische Seite bereit ist, ernsthaft zu verhandeln. Im Rahmen eines solchen Prozesses können dann auch Wirtschaftsfragen (Sanktionen) und Grenzprobleme behandelt werden. Ein offenes Problem ist im Moment allerdings die Frage, wie sich die USA an diesem Prozess beteiligen wollen. Denn für die USA gilt dasselbe wie für Russland: ohne sie gibt es keine europäische Sicherheit.

Anhang: Russischer Aussenhandel 2000-2017 nach Angaben von Rosstat

Abbildung 1: Russische Exporte 2000-2017

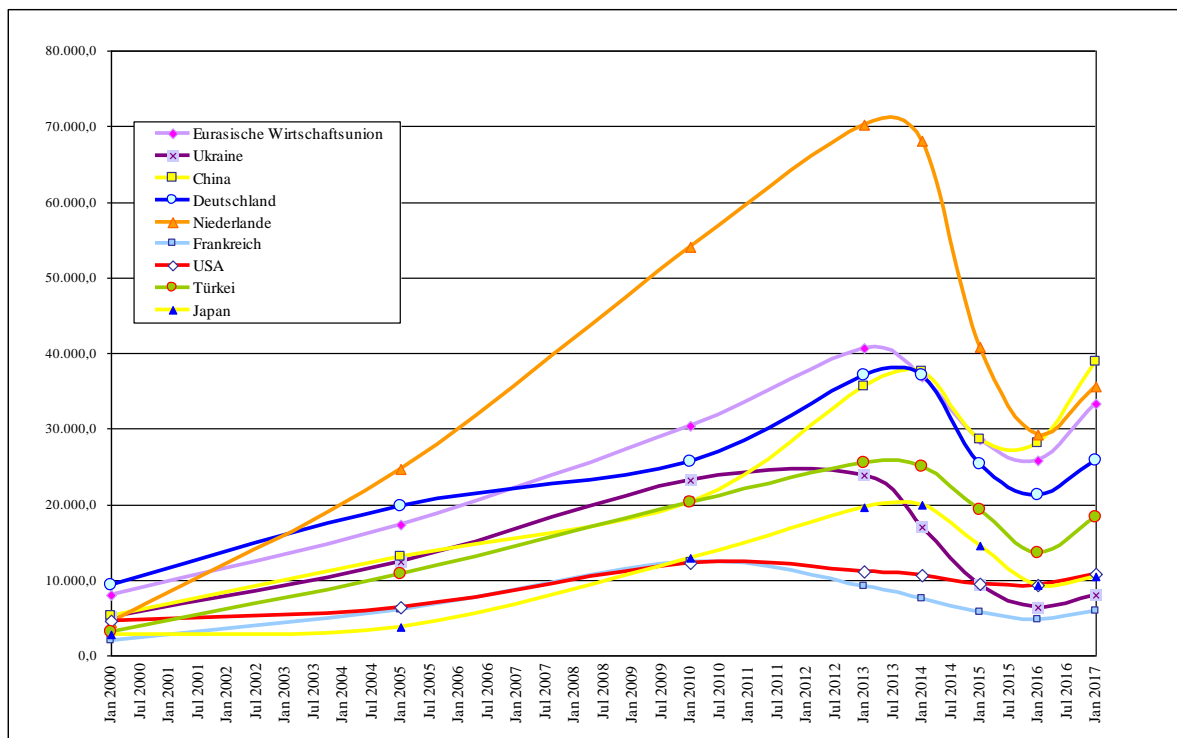
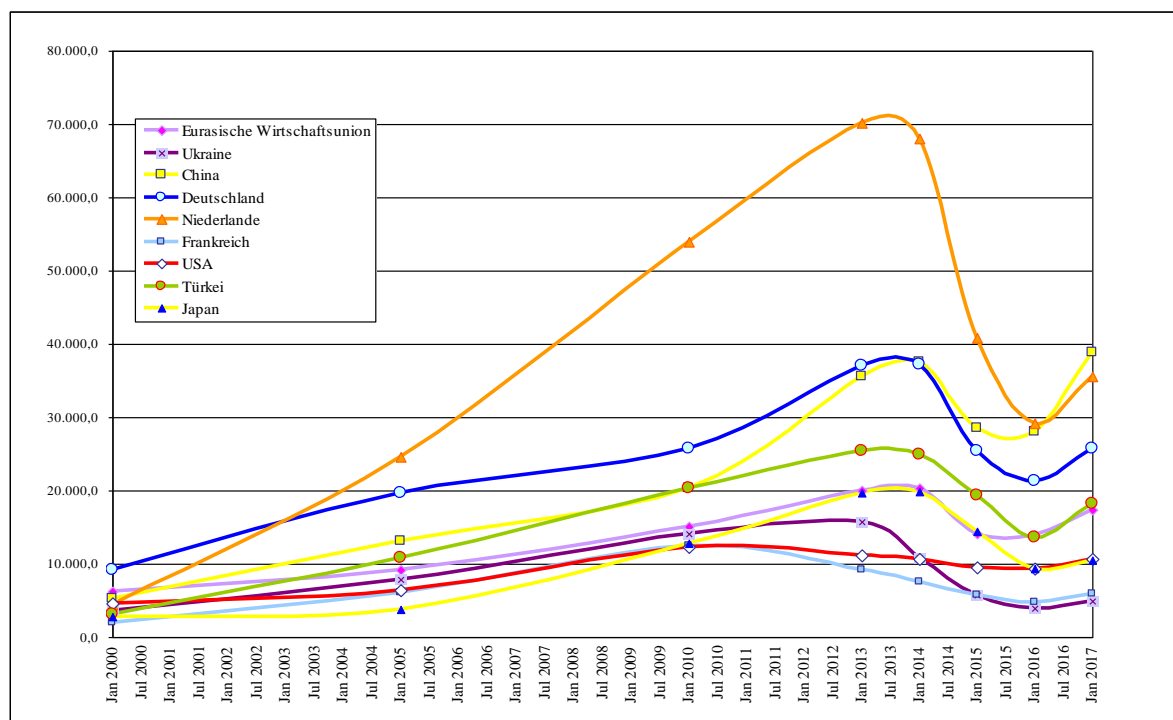


Abbildung 2: Russische Importe 2000-2017



Quelle: Федеральная Служба Государственной Статистики: Россия в цифрах 2018. Краткий статистический сборник, Москва: Росстат 2018
<http://www.gks.ru/free_doc/doc_2018/rusfig/rus18.rar, 1. Juni 2018>, S. 483-492; Mio. USD, faktische Preise, ausgewählte Länder.

©Ostinstitut Wismar, 2018
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751